

SDG-Indikatoren für Kommunen

Unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft ist die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ entstanden und auf einem Gipfel der Vereinten Nationen im September 2015 von allen Mitgliedstaaten verabschiedet worden. Kernstück der Agenda sind die 17 „Sustainable Development Goals“, kurz SDG genannt. Die Kommunen spielen eine entscheidende Rolle in der Umsetzung der Agenda. Deshalb reichen die Indikatoren und Zahlen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie für sie nicht aus. Hier setzt das Projekt „SDG-Indikatoren für Kommunen“ an.

2017/18 wurden in einem diskursiven Prozess mit verschiedenen Akteuren auf kommunaler und regionaler Ebene die 169 Unterziele der Agenda 2030 auf Relevanz und Zuständigkeiten für deutsche Kommunen geprüft, teils spezifiziert und neu ausformuliert. 126 Unter- und Teilziele wurden als relevant – deutsche Kommunen können einen (Teil)Beitrag zur Lösung globaler Probleme leisten – und als Aufgabe – die Aufgabe liegt im Verantwortungsbereich deutscher Kommunen – erachtet. Als dann wurden für alle Unter- und Teilziele Indikatoren gesucht und gegebenenfalls neu formuliert. Bezüglich Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion wurden die Indikatoren in Typ I (96 Indikatoren mit höheren Anforderungen an die Kriterien) und Typ II (99 Indikatoren) unterteilt. Für ein übersichtlicheres Monitoring wurden hieraus **50 Kernindikatoren** ausgewählt.

INKAR enthält die Kernindikatoren, die flächendeckend mit Daten - zumindest auf Kreisebene - darstellbar sind. In Übereinstimmung mit der Veröffentlichung über die Portale www.wegweiser-kommune.de und www.sdg-portal.de werden wo möglich Zeitreihen ab 2006 angeboten. Anders als unter den genannten Portalen, die Werte für Kommunen ab 5.000 Einwohnern anbieten, wird die gemeindliche Ebene aus bundesweiten Vergleichsgründen auf Ebene der Gemeindeverbände abgebildet. Vergleichsgrößen liegen für alle in INKAR verwendete Aggregatebenen vor. Damit sind die SDG-Indikatoren nicht nur in gewohnter Weise über Karten und Tabellen abrufbar, sondern auch mit weiteren Indikatoren aus dem INKAR-Angebot kombinierbar.

Methodische Anmerkung:

Das BBSR rechnet alle Daten auf einen einheitlichen Gebietsstand um, so auch für die SDG-Indikatoren für Kommunen. Überdies werden Rückrechnungen und korrigierte Daten der amtlichen Statistik rückwirkend in den Zeitreihen berücksichtigt. Dadurch können sich bei wenigen Indikatoren marginale Abweichungen zu den Einzelwerten im Wegweiser Kommune bzw. im SDG-Portal ergeben. Alle betroffenen Indikatoren enthalten in den Anmerkungen entsprechende Hinweise.

Über die Projektgruppe

„SDG-Indikatoren für Kommunen“ ist ein gemeinsames Projekt von sieben Partnern, das im Zuge des „Interministeriellen Arbeitskreis Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ (IMA Stadt) entstanden ist. Partner sind (in alphabetischer Reihenfolge):

- Bertelsmann-Stiftung
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
- Deutscher Landkreistag
- Deutscher Städtetag

- Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Deutsches Institut für Urbanistik
- Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

Kontakt:

Antonia Milbert

Referat I 6 – Stadt-, Umwelt- und Raumbbeobachtung

Antonia.Milbert@bbr.bund.de

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG				Bundesrepublik Deutschland						EU-	Aktu-	
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinsten Raumbezug						NUTS 2	alität
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.	Entw./ VÄ/ Jahr		
SDG-Indikatoren für Kommunen												
SGB II-/SGB XII-Quote	Empfänger von Leistungen nach SGB II und Empfänger von Leistungen nach SGB XII je 1.000 Einwohner	$(\text{Empfänger von Leistungen nach SGB II} + \text{Empfänger von Leistungen nach SGB XII}) / \text{Einwohner} \cdot 100$	Die SGB II-/SGB XII-Quote zeigt an, wie hoch die Hilfebedürftigkeit innerhalb einer Kommune ist. Eine hohe Quote führt zu Einschränkungen beim finanziellen Handlungsspielraum der Kommune, aufgrund derer andere wichtige Ausgaben und Investitionen zurückgestellt werden müssen. Noch schwerwiegender ist aber die Belastung für die Betroffenen selbst - sowohl in finanzieller als auch in psychischer Hinsicht. In einer nachhaltigen Kommune sollte es Ziel sein, dass allen Hilfsbedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt und alles dafür getan wird, dass die betroffenen Personen wieder selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können. Hinweis zu den Daten: Bevölkerung 2011 - 2017; Fortschreibung Zensus 2011; Vorjahre: Fortschreibung Volkszählung 1987; minimale Abweichungen zu den Daten im "Wegweiser Kommune" ergeben sich durch Datenhaltung und Anpassungen von Daten an Gebietsstände sowie die Berücksichtigung von Rückrechnungen seitens der amtlichen Statistik	Statistik der Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt des Bundes und der Länder; Statistik der Empfänger von Leistungen nach dem 5. bis 9. Kapitel SGB XII	x			2010-2017				
Kinderarmut	Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahren je 100 Einwohner unter 15 Jahren	$\text{Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahren} / \text{Einwohner unter 15 Jahren} \cdot 100$	Die Armutslage von Kindern steht immer in Abhängigkeit zur Armutslage von Erziehungsberechtigten. Besonders betroffen sind Kinder Alleinerziehender sowie aus Familien mit ausländischer Herkunft oder aus Familien mit vielen Kindern. Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass die Kinderarmut zu einem Dauerzustand in Deutschland geworden ist. Arm zu sein bedeutet nicht nur, dass die Mittel zum physischen Überleben fehlen, Armut ist auch mit sozialer Diskriminierung und ungleicher Bildungs- und Teilhabechancen verbunden. Hinweise zu den Daten: Ab Berichtsjahr 2016 wurde die Statistik umgestellt und der Personenkreis erweitert; daher nur eingeschränkte Vergleichbarkeit der Indikatoren bis 2015 und ab 2016; Bevölkerung ab 2011 - Fortschreibung Zensus 2011, Vorjahre Fortschreibung Volkszählung 1987; minimale Abweichungen zu den Daten im "Wegweiser Kommune" ergeben sich durch Datenhaltung und Anpassungen von Daten an Gebietsstände sowie die Berücksichtigung von Rückrechnungen seitens der amtlichen Statistik	Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende der Bundesagentur für Arbeit	x			2010-2017				
Altersarmut	Anteil der Bevölkerung mit Grundsicherung im Alter an den Einwohnern 65 Jahre und älter in %	$\text{Empfänger von Grundsicherung im Alter 65 Jahre und älter} / \text{Einwohner 65 Jahre und älter} \cdot 100$	Bei dieser Sozialleistung handelt es sich um eine nach dem 4. Kapitel SGB XII bedürftigkeitsabhängige Leistung, die u.a. älteren Menschen ab Vollendung des 65. Lebensjahres zur Sicherung ihres Lebensunterhalts dienen soll. In den nächsten Jahren muss mit zunehmender Altersarmut gerechnet werden, die auf Rentenreformen und auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Hinweis zu den Daten: Bevölkerung ab 2011: Fortschreibung Zensus 2011; Vorjahre: Fortschreibung Volkszählung 1987; Indikatoreinheit hier %, während im Beobachtungsbereich	Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	x			2008-2017				
Stickstoffüberschuss	Stickstoff-Flächenbilanz der landwirtschaftlich genutzten Fläche in kg/ha	$\text{Stickstoffüberschuss in t} / \text{Landwirtschaftliche Nutzfläche in ha} \cdot 1000$	Der Stickstoffüberschuss wird über die Modellrechnungen des Institut für Ressourcenmanagement der Universität Gießen ermittelt, in die der Düngemiteleintrag, der Eintrag aus der Luft, der Entnahme durch Erträge etc. eingehen. Bei der Gesamt-Bilanz wird die Landwirtschaft als eine Einheit (der einzelne Betrieb ebenso wie die Landwirtschaft als volkswirtschaftlicher Sektor) betrachtet, die als Input Vorleistungen in Form von Mineraldünger, extern erzeugten Futtermitteln sowie weiteren Produkten bezieht und als Output pflanzliche und tierische Erzeugnisse vermarktet (Ernährung, industrielle Verarbeitung, Export). Der Überschuss einer Bilanzeneinheit entspricht der Differenz zwischen den N-Zufuhr und dem N-Entzug und charakterisiert die potenziellen Stickstoff-Verluste aus dieser Einheit.	Uwe Häußermann, Martin Bach, Laura Klement, Lutz Breuer (2019): Stickstoff-Flächenbilanzen für Deutschland mit Regionalgliederung Bundesländer und Kreise – Jahre 1995 bis 2017. Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau, UBA-Texte (Veröff. in Vorbereitung)	x			2006-2017				

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG				Bundesrepublik Deutschland						EU-	Aktu-		
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinstes Raumbezug						NUTS 2	alität	
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.	Entw./ VÄ/ Jahr			
Vorzeltige Sterblichkeit	Todesfälle bei Personen im Alter von unter 65 Jahren je 1000 Einwohner	Anzahl Todesfälle bei Personen im Alter unter 65 Jahren <Zeitpunkt> / Einwohner <Zeitpunkt> * 1000	Der Indikator liefert Hinweise zu möglichen Missständen im Gesundheitswesen sowie zum allgemeinen Gesundheitsniveau der Bevölkerung. Treten Todesfälle in einem Alter unter 65 Jahren gehäuft auf, so kann dies ein Anzeichen für massive Gesundheitsrisiken und Probleme im Gesundheitswesen sein. Ziel einer nachhaltigen Kommune muss es sein, ein gesundes Leben für alle Menschen zu ermöglichen und die Fälle vorzeitiger Sterblichkeit jetzt und in Zukunft weiter zu senken (Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit); Hinweise zu den Daten: Bevölkerungszahlen ab 2011 = Fortschreibung Zensus 2011, davor = Fortschreibung Volkszählung 1987	Statistik der Gestorbenen des Bundes und der Länder	x			2006-2017					
Arztversorgung	Allgemeinärzte je 100.000 Einwohner	Allgemeinärzte <Zeitpunkt> / E <Zeitpunkt> * 100.000	Die Arztversorgung (hier bezogen auf Allgemeinärzte) ist zentraler Bestandteil einer Versorgung mit grundlegenden Gesundheitsdiensten. Dabei hat jeder Mensch den Anspruch auf eine angemessene medizinische Versorgung - unabhängig von seinem Wohnort bzw. der räumlichen Struktur seines Wohnumfeldes. Allerdings liefert der Indikator keine Aussage über die Qualität der Versorgung oder die tatsächliche Erreichbarkeit; Hinweise zu den Daten: Zeitreihe wegen unterschiedlicher Datenquellen nicht konsistent, daher Daten 2014 bis 2017 nicht mit Daten 2006 bis 2013 vergleichbar	Kassenärztliche Bundesvereinigung, Wertz-Vern-Verlag, http://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/16402.php	x			2006-2017					
Schulabbrecherquote	Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgängern in %	Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss <Zeitpunkt> / Schulabgänger <Zeitpunkt> * 100	Als Schulabbrecher gelten solche Schulabgänger, die ihre Pflichtschulzeit beenden, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben. Ziel der Schulbildung ist es, Kinder und Jugendliche von ihrem Schuleintritt bis zu ihrem Abschluss zu begleiten und auf das Berufsleben vorzubereiten. Die deutsche Wirtschaft hat sich dahingehend gewandelt, dass Menschen ohne erfolgreichen Schul- und Berufsabschluss kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die Schulträgerschaft ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Bildung ist für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune somit ein weitreichendes Schlüsselthema. Qualifikationspotenzial.	Statistik der allgemeinbildenden Schulen des Bundes und der Länder	x			2006-2017					
Betreuung von Kindern unter 3 Jahre	Anteil der Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen an den Kinder der entsprechenden Altersgruppe	Kinder < 3 Jahre in Tageseinrichtungen <Zeitpunkt> / Kinder < 3 Jahre <Zeitpunkt> * 100	Der Ausbau der Kinderbetreuung hat zum Ziel, die Bildungschancen der Kinder - unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern - zu erhöhen. Gleichzeitig wird den Eltern die Chance auf eine Erwerbstätigkeit geboten, was ohne ein adäquates Betreuungsangebot nicht möglich wäre. Aus diesen Gründen besitzt die frühkindliche Bildung eine Schlüsselposition für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demografischer Wandel), wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern). Kommunen haben hier nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die allgemeine soziale Lage in ihrem Verantwortungsbereich zu beeinflussen. Hinweise zu den Daten: Bevölkerung 2011 – 2017 = Fortschreibung Zensus 2011, Vorjahre = Fortschreibung Volkszählung 1987; es bestehen leichte Unterschiede zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichten Daten, die auf die Zählung der Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege sowie auf die Einbeziehung von rückgerechneten Bevölkerungsdaten seitens der amtlichen Statistik zurückzuführen sind	Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege	x			2006-2017					

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG				Bundesrepublik Deutschland					EU-NUTS 2	Aktualität
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinsten Raumbezug					
					Kreise/krs.freie Städte	Gem.verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreis	Zeitr. Gem.v erb.	Entw./VÄ/ Jahr
Betreuung von Kindern 3 bis 5 Jahre	Anteil der Kinder von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen an den Kinder der entsprechenden Altersgruppe	$\frac{\text{Kinder 3 -< 6 Jahre in Tageseinrichtungen}}{\text{Kinder 3 -< 6 Jahre}} \cdot 100$	Der Ausbau der Kinderbetreuung hat zum Ziel, die Bildungschancen der Kinder - unabhängig von Herkunft und Bildungsstand der Eltern - zu erhöhen. Gleichzeitig wird den Eltern die Chance auf eine Erwerbstätigkeit geboten, was ohne ein adäquates Betreuungsangebot nicht möglich wäre. Aus diesen Gründen besitzt die frühkindliche Bildung eine Schlüsselposition für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demografischer Wandel), wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern). Kommunen haben hier nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die allgemeine soziale Lage in ihrem Verantwortungsbereich zu beeinflussen. Hinweise zu den Daten: Bevölkerung 2011 – 2017 = Fortschreibung Zensus 2011, Vorjahre = Fortschreibung Volkszählung 1987; es bestehen leichte Unterschiede zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichten Daten, die auf die Zählung der Kinder in Tageseinrichtungen und Tagespflege sowie auf die Einbeziehung von rückgerechneten Bevölkerungsdaten seitens der amtlichen Statistik zurückzuführen sind	Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege	x			2006-2017		
Exklusionsquote	Anteil der Schüler an Förderschulen an den Schülern in %	$\frac{\text{Schüler in Förderschulen}}{\text{Schüler}} \cdot 100$	Inklusive Pädagogik ist ein neuer pädagogischer Ansatz, dessen wesentliches Prinzip die Wertschätzung und Anerkennung von Diversität in Bildung und Erziehung ist. Grundlage ist die 2009 beschlossene UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, in der sich die unterzeichnenden Staaten verpflichten, ein inklusives Bildungssystem zu errichten. Der Indikator "Exklusionsquote" gibt Hinweise darauf, inwieweit das Ziel eines inklusiven Unterrichts noch nicht erreicht ist. Der Regionalvergleich ist problematisch aufgrund länderspezifischer Ausprägungen des Bildungssystems.	Statistik der allgemeinbildenden Schulen des Bundes und der Länder	x			2006-2017		
Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen zu Männern	$\frac{\text{SV Beschäftigtenquote der Frauen am Wohnort je 100 SV Beschäftigtenquote der Männer am Wohnort}}{\text{SV Beschäftigtenquote der Männer am Wohnort}}$	$\frac{\text{SV beschäftigte Frauen WO} \cdot 100}{\text{weibliche E 15 -< 65 Jahre}} \cdot \frac{\text{beschäftigte Männer WO}}{\text{männliche E 15 -< 65 Jahre}} \cdot 100$	Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator zur Beurteilung der Beschäftigungsstandards und -entwicklung. Der betrachtete Indikator setzt die Beschäftigtenquoten von Frauen und Männern ins Verhältnis und liefert auf diese Weise Informationen zur anteiligen Teilhabe von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Niedrige Beschäftigungsquoten von Frauen können dabei vielfältige Gründe haben (freiwillige Entscheidung, Fehlen kommunaler oder staatlicher Leistungen, Nicht-Anerkennung weiblicher Arbeitskraft, wertbegründete, gesellschaftliche Zuweisung von Verantwortlichkeiten zwischen produktiver und reproduktiver Arbeit zwischen den Geschlechtern). Hinweise zu den Daten: Bevölkerung 2011 - 2017 = Fortschreibung Zensus 2011, Vorjahre = Fortschreibung Volkszählung 1987, marginale Abweichungen zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichten Daten ergeben sich durch den unterschiedlichen Umgang mit Gebietsumrechnungen und Rückrechnungen der Bevölkerungsdaten nach Altersgruppen seitens der amtlichen Statistik	Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit		x		2006-2017	2006-2017	
Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Bruttomonatsentgelt einer Vollzeitbeschäftigten Frau zu Bruttomonatsentgelt eines Vollzeitbeschäftigten Mannes	$\frac{\text{Bruttomonatsentgelt einer weiblichen Vollzeitbeschäftigten}}{\text{Bruttomonatsentgelt eines männlichen Vollzeitbeschäftigten}} \cdot 100$	Noch immer existieren signifikante Einkommensunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern. Diese Unterschiede sind z. T. auf die Wahl unterschiedlicher Berufe, den Aufstieg in den unterschiedlich vergüteten Hierarchiegruppen, der Berücksichtigung von Berufserfahrung ein familienbedingter, befristeter Ausstieg wirkt sich negativ auf die Einkommen aus - zurückzuführen. Zum anderen werden Frauen trotz Diskriminierungsverbots für gleichwertige Arbeit niedriger entlohnt. Bei der Betrachtung des Medianeinkommens werden lediglich Informationen vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer herangezogen, informelle und Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse werden nicht berücksichtigt. Dies ist vor allem dann problematisch, wenn systematische Unterschiede zwischen Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt bestehen.	Statistik der Bundesagentur für Arbeit	x			2014-2017		

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG				Bundesrepublik Deutschland						EU-	Aktu-		
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinstes Raumbezug						NUTS 2	alität	
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.	Entw./ vÄ/ Jahr			
Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen	Anzahl Frauen mit Mandaten in Stadträten und Kreistagen an allen Mandaten in %	Anzahl Frauen mit Mandaten in Stadträten und Kreistagen <Zeitpunkt> / Anzahl Mandate in Stadträten und Kreistagen <Zeitpunkt> *100	Der Frauenanteil in Führungspositionen in der Privatwirtschaft, im öffentlichen Dienst und in öffentlichen Ämtern ist trotz massiver Bestrebungen seit Jahren unverändert niedrig. Auf kommunaler Ebene kann ein aktiver Beitrag dazu geleistet werden, damit dieses Missverhältnis abgemildert wird. So können die politischen Parteien über die Zuteilung von Listenplätzen dafür sorgen, dass sich der Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten erhöht, damit die Zusammensetzung der Bevölkerung auch in den Stadträten und Kreistagen adäquat abgebildet werden kann. Die Daten werden über eine Internetrecherche aller Stadträte und Kreistage ermittelt. Eine Erhebung erfolgt alle zwei Jahre.	Statistische Ämter des Bundes und der Länder - Ergebnisse der Kommunalwahlen, Internetrecherche	x			2013, 2015, 2017					
Abwasserbehandlung	Anteil der Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird an der Abwassermenge gesamt in %	Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird <Zeitpunkt> / Abwassermenge gesamt <Zeitpunkt> *100	Abwasser bezeichnet vom häuslichen, gewerblichen oder industriellen Gebrauch verunreinigtes Wasser. Eine mangelhafte Abwasserreinigung kann dazu führen, dass schädliche Inhaltsstoffe in Gewässer eingeleitet werden und deren Nährstoffgehalt signifikant erhöhen. Dieser Überschuss an Nährstoffen wird von Bakterien abgebaut. Hierdurch wird Sauerstoff verbraucht, was zu Fischsterben und einem erhöhten Algenwachstum führt. Damit Kommunen eine gefahrlose Nutzung von Gewässern sowie eine nachhaltige Wiedereinführung von Abwasser in die Gewässer gewährleisten können, muss dieses zunächst biologisch behandelt werden. Durch Anwendung der Techniken Denitrifikation und Phosphorelimination können Nitrate und Phosphate aus dem Abwasser entfernt werden, wodurch die Qualität der Abwasserreinigung weiter verbessert wird. Durch eine nachhaltige Nutzung von Wasser soll dabei auch eine nachhaltige Zukunft für kommende Generationen sichergestellt werden. Die Statistik wird alle 3 Jahre bereitgestellt. Es werden nur die Daten der öffentlichen Abwasserbehandlung berücksichtigt; für industrielle Abwasserbehandlungsanlagen liegen keine Informationen vor.	Erhebung der öffentlichen Abwasserentsorgung des Bundes und der Länder	x			2007, 2010, 2013, 2016					
Windenergie	Installiert Leistung Windenergie in W je Einwohner	Installierte Leistung Windenergie in kW <Zeitpunkt> / Einwohner <Zeitpunkt> *1000	Windkraftanlagen erzeugen einen erheblichen Anteil erneuerbarer Energien. Der Indikator gibt Aufschluss über die installierte Leistung aller Windkraftanlagen im Verhältnis zur Einwohnerzahl. In diesem Sinne werden die Kommunen vergleichbar hinsichtlich ihrer Bemühungen über die Erzeugung von Windenergie einen Beitrag zur Energiewende und CO2-Reduktion zu leisten. Die ausgewiesenen Daten beziehen sich ausschließlich auf die installierte Leistung. Diese gibt an, wie viel elektrische Energie mittels der auf dem Gebiet der Kommune installierten Anlagen theoretisch zu produzieren wäre – unabhängig vom tatsächlich Output oder der realisierten Abnahme. Diese Angabe ist insofern sinnvoll, als dass witterungsbedingte Schwankungen nicht den Vergleich innerhalb von Zeitreihen oder zwischen Kommunen verzerren. Zudem wird das Problem des Netzausbaus ausgeblendet, da etwa fehlende Transportwege die tatsächliche Abnahme erzeugter Energie derweil hemmen. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass die Daten von den Betreibern selbst übermittelt werden und keine eigenständige Erhebung durch Dritte stattfindet.	Betreiber-Datenbasis (www.btrdb.de)	x			2014, 2015					

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG				Bundesrepublik Deutschland					EU-	Aktu-		
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinsten Raumbezug					NUTS 2	alität	
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.			Entw./ vÄ/ Jahr
Bruttoinlandsprodukt	Bruttoinlandsprodukt in € je Einwohner	$\text{Bruttoinlandsprodukt} <\text{Zeitpunkt}> / E <\text{Zeitpunkt}>$	Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft, definiert als Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen und Importe. Auf kommunaler Ebene misst das BIP die Bruttowertschöpfung, die innerhalb einer Kommune stattfindet. Das BIP-Wachstum je Einwohner liefert dabei Informationen zur Entwicklung des wirtschaftlichen Wohlstandes, es lässt allerdings keine Rückschlüsse auf dessen Verteilung sowie auf die tatsächliche Lebensqualität vor Ort zu. Das BIP ermöglicht somit ausschließlich Aussagen zur ökonomischen Dimension, wobei Aspekte der sozialen und ökologischen Dimension unberührt bleiben. Bei alleiniger Betrachtung des BIPs bleibt ungeklärt, mit welchem Mitteleinsatz die Wertschöpfung erreicht wurde. Grundsätzlich ergibt sich jedoch die Schwierigkeit, dass im BIP nur formell getätigte bzw. entsprechend dokumentierte Wertschöpfung erfasst wird. Informell vertriebene Waren oder ausgeführte Dienstleistungen finden im BIP entsprechend keine Berücksichtigung, was sich folglich auch in der Bemessung des Wachstums niederschlägt. Hinweise zu den Daten: Bevölkerung 2011- 2017 = Fortschreibung Zensus 2011, Vorjahre = Fortschreibung Volkszählung 1987, marginale Abweichungen zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichten Daten resultieren aus der unterschiedlichen Berücksichtigung von regelmäßigen Rückrechnungen des Arbeitskreises und von Gebietsstandsänderungen	Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder	x			2006- 2016				
Langzeitarbeitslosenquote	Anteil der Arbeitslosen, 1 Jahr und länger arbeitslos, an den Arbeitslosen in %	$\text{Arbeitslose, 1 Jahr und länger arbeitslos,} <\text{Zeitpunkt}> / \text{Arbeitslose} <\text{Zeitpunkt}> \times 100$	Als langzeitarbeitslos gelten solche Arbeitslose, die ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern für Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet waren. Ein hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen ist Ausdruck einer ökonomischen Strukturschwäche, die sich in besonderem Maße auf die finanzielle, soziale und gesundheitliche Situation der Betroffenen und ihrer Angehörigen auswirkt und auch die finanzielle Situation der Kommune beeinträchtigen kann. Darüber hinaus kann sich verstärkt auftretende Langzeitarbeitslosigkeit auf den sozialen Zusammenhalt und die allgemeine Lebensqualität einer Kommune niederschlagen und Abwanderungsprozesse in Gang setzen. Neben der allgemeinen Wirtschaftslage haben besonders die regionalspezifischen ökonomischen Strukturen (von ökonomischen Strukturumbrüchen) Einfluss auf die Zahl der Langzeitarbeitslosen vor Ort. Auch die allgemeine geographische Lage (zentral oder peripher gelegene Kommune) und die demographische Situation sind wichtige Rahmenbedingungen, die auf diesen Indikator wirken. Hinweise zu den Daten: Marginale Abweichungen zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Daten ergeben sich durch den unterschiedlichen Umgang mit Gebietsstandsänderungen und Geheimhaltungsfällen	Statistik der Bundesagentur für Arbeit	x			2006- 2017	2006- 2017			

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG				Bundesrepublik Deutschland						EU-	Aktu-	
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinsten Raumbezug						NUTS 2	alität
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.	Entw./ vÄ/ Jahr		
Beschäftigungsquote	SV Beschäftigte am Wohnort je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter	$SV \text{ Beschäftigte WO} < \text{Zeitpunkt} > / E 15 - < 65 \text{ Jahre} < \text{Zeitpunkt} > \times 100$	Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der nach Alter erwerbsfähigen Bevölkerung an. Eine hohe Beschäftigungsquote sichert die wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Die Bedeutung der Beschäftigungsquote für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune und die enge Verbindung zwischen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension (Prinzip der Ganzheitlichkeit) geben diesem Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz. Im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote berücksichtigt die Beschäftigungsquote nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, d.h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht ein. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben. Hinweise zu den Daten: Bevölkerung 2011 - 2017 = Fortschreibung Zensus 2011, Vorjahre = Fortschreibung Volkszählung 1987; marginale Abweichungen zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichten Daten ergeben sich durch die unterschiedliche Behandlung von Gebietsstandsänderungen und Rückrechnungen der Bevölkerung nach Altersgruppen durch die statistischen Ämter	Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit		x			2006- 2017	2006- 2017		
Aufstocker	Anteil erwerbstätiger ALGII-Bezieher (Aufstocker) an den abhängig Beschäftigten	$\text{abhängig erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher} < \text{Zeitpunkt} > \times 100 / \text{abhängig erwerbstätige Beschäftigte} < \text{Zeitpunkt} >$	Der Indikator beinhaltet Empfänger von ALG II, die im rechtlich zulässigen Rahmen diese Leistung durch Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ergänzen (Mehrheit der Fälle) sowie Erwerbstätige, die ALG II beziehen, weil ihr Einkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Menschenwürdige Arbeit sollte zumindest so viel Geld einbringen, dass dieses zum selbstständigen Bestreiten des Lebensunterhalts ausreicht und keine staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden muss. Eine hohe Zahl an „Aufstockern“ weist auf strukturelle Defizite der ansässigen Wirtschaft hin, die sich auf die ökonomische und soziale Situation der Betroffenen, und die Kommune insgesamt (z.B. durch verringerte Steuereinnahmen und erhöhte Sozialausgaben) auswirken kann. In der Verknüpfung der ökonomischen mit der sozialen Dimension und aufgrund der Relevanz für die nachfolgende Generation bildet dieser Indikator die Nachhaltigkeitsprinzipien der Ganzheitlichkeit und der Generationengerechtigkeit ab.	Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende der Bundesagentur für Arbeit	x				2007- 2017			
Existenzgründungen	Anzahl neuerrichtete Gewerbebetriebe je 1000 Einwohner	$\text{Anzahl Neuerrichtung von Gewerbebetrieben} < \text{Zeitpunkt} > / \text{Einwohner} < \text{Zeitpunkt} > \times 1000$	Existenzgründungen schaffen Arbeitsplätze, fördern den Wettbewerb und tragen durch ihre Wertschöpfung zum Wirtschaftswachstum bei. Dabei reicht die Bandbreite an Existenzgründungen vom selbstständigen Dienstleistungsanbieter für den lokalen Markt (z.B. Friseur, Schnellimbis) bis hin zum hochinnovativen Start-up mit dem Ziel der globalen Markterschließung. In der Regel handelt es sich um Selbstständige und kleinere Unternehmen. Einige Bereiche unterliegen jedoch nicht der Gewerbeordnung und sind damit in der Statistik nicht erfasst. Dazu gehören freie Berufe, Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Versicherungen. Für die Wirtschaft ist weniger die Anzahl der Neugründungen als ihr Erfolg (Lebensdauer, Umsatzentwicklung, geschaffene Arbeitsplätze) von Bedeutung.	Gewerbeanzeigerstatistik des Bundes und der Länder	x				2017			

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG						Bundesrepublik Deutschland						EU-	Aktu-
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinstes Raumbezug						NUTS 2	alität	
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.	Entw./ VÄ/ Jahr			
Hochqualifizierte	SV Beschäftigte am Arbeitsplatz mit akademischem Berufsabschluss an den SV Beschäftigten in %	SV Beschäftigte AO mit akademischem Berufsabschluss <Zeitpunkt> / SV Beschäftigte AO <Zeitpunkt> x 100	Vor dem Hintergrund des Fach- und Führungskrätemangels ist ein hoher Anteil an Hochqualifizierten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und speziell der Innovationsfähigkeit zuträglich. Entscheidend für Kommunen ist die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Fachkräften bzw. ihre Anziehungskraft auf Fachkräfte als Arbeits- und als Wohnort. Neben dem ökonomischen Wachstum, das höhere Einnahmen über die Gewerbesteuer mit sich bringt, sind weitere positive Wirkungen, wie z. B. auf die Sozialstruktur und das öffentliche Leben möglich, sofern die Hochqualifizierten nicht nur in der betreffenden Kommune arbeiten, sondern auch wohnen. Diese Wirkungen stützen das Nachhaltigkeitsprinzip der Generationengerechtigkeit. Hinweise zu den Daten: SV Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Klassifikation der Berufe 2010 (KldB 2010); eingeschränkte Vergleichbarkeit mit Vorjahren. - Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte = (Arbeiter und Angestellte und Personen in beruflicher Ausbildung, die in gesetzlicher Renten-, Kranken- und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind), also ohne Berücksichtigung von Beamten, Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen, geringfügig Beschäftigten. Insgesamt werden damit nur 65-85 % aller Erwerbstätigen erfasst. Trotz dieser Einschränkung werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als Maß der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze verwendet	Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit	x			2012-2017					
Breitbandversorgung	Anteil der Haushalte mit einem Breitbandanschluss von mindestens 50 mBit/s an allen Haushalten in %	Anzahl der Haushalte mit einem Breitbandanschluss von mindestens 50 mBit/s <Zeitpunkt> / Anzahl der Haushalte <Zeitpunkt> * 100	Die Breitbandverfügbarkeit hat einen indirekten Nachhaltigkeitsbezug. Als häufige Grundvoraussetzung für unternehmerisches Handeln wird die Breitbandversorgung verstärkt zum zentralen Standortfaktor. Auch private Haushalte profitieren von der Versorgung mit dem Breitbandinternet, z. B. durch die Ermöglichung der Arbeit im „Home-Office“. Dies fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern kann. Die Breitbandversorgung ist zu einem Bestandteil der Daseinsvorsorge geworden und wird von staatlicher Seite mit zum Teil erheblichen Mitteln gefördert. Aufgrund seiner Bedeutung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen, für alle sozialen Gruppen und auch für die nachfolgenden Generationen (Prinzip der Generationengerechtigkeit) hat dieser Indikator eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz. Die Daten basieren auf den Angaben von ca. 340 Breitbandanbietern. Sie beinhalten lediglich Informationen zur Breitbandversorgung von privaten Haushalten, wobei diese Informationen auch Rückschlüsse zur Breitbandversorgung von Unternehmen zulassen.	Breitbandatlas des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	x			2015-2017					

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG				Bundesrepublik Deutschland						EU-	Aktu-		
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinsten Raumbezug						NUTS 2	alität	
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.	Entw./ VÄ/ Jahr			
Haushalte mit niedrigem Einkommen	Anteil Haushalte mit einem monatlichen Einkommen unter 1500 € an allen Haushalten in %	Anteil Haushalte mit einem monatlichen Einkommen unter 1500 € <Zeitpunkt> / Anteil Haushalte insgesamt <Zeitpunkt> *100	Die persönliche Zufriedenheit mit der eigenen Einkommenssituation basiert nicht allein auf dem absoluten Wohlstandsniveau, sondern insbesondere auf der empfundenen Gerechtigkeit der Wohlstandsverteilung. Zwar können liberalisierte Arbeitsmärkte einen positiven Effekt auf die Gesamtwirtschaft haben, gleichzeitig tragen sie jedoch auch zu einer Erhöhung der Einkommensungleichheit bei. Eine ausgeglichene Einkommensverteilung hängt dabei eng mit dem Begriff der Verteilungsgerechtigkeit zusammen, welche als eine der Grundformen sozialer Gerechtigkeit definiert wird und das friedliche Zusammenleben aktueller und zukünftiger Generationen sicherstellt. Der Indikator liefert keine Informationen zur individuellen Einkommenssituation, sondern lediglich zur Einkommenssituation von Haushalten, deren Personenzahl nicht bekannt ist. Hierdurch wird neben der Datenqualität auch die Validität des Indikators etwas eingeschränkt. Die Daten zum Haushaltseinkommen basieren auf Daten zur Kaufkraft. Dabei werden die Einkommen aller Haushaltsmitglieder zusammengefasst. Bei der Erstellung der Einkommensklassen der Haushalte wird die Haushaltsgröße nicht berücksichtigt. Es kann also sein, dass Single-Haushalte und auch Familien innerhalb einer Einkommensklasse verglichen werden. Je nach Personenzahl des Haushalts können also bereits mittlere Einkommen problematisch sein, um eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Hinweise zu den Daten: Abweichungen zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Daten resultieren aus abweichenden Definitionen der Einkommensklassen, die sich durch den Datenbezug vom Anbieter erklären	nexiga	x				2013- 2016				
Haushalte mit mittlerem Einkommen	Anteil Haushalte mit einem monatlichen Einkommen zwischen 1500 und unter 3600 € an allen Haushalten in %	Anteil Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von 1500 € bis unter 3600 € <Zeitpunkt> / Anteil Haushalte insgesamt <Zeitpunkt> *100	Die persönliche Zufriedenheit mit der eigenen Einkommenssituation basiert nicht allein auf dem absoluten Wohlstandsniveau, sondern insbesondere auf der empfundenen Gerechtigkeit der Wohlstandsverteilung. Zwar können liberalisierte Arbeitsmärkte einen positiven Effekt auf die Gesamtwirtschaft haben, gleichzeitig tragen sie jedoch auch zu einer Erhöhung der Einkommensungleichheit bei. Eine ausgeglichene Einkommensverteilung hängt dabei eng mit dem Begriff der Verteilungsgerechtigkeit zusammen, welche als eine der Grundformen sozialer Gerechtigkeit definiert wird und das friedliche Zusammenleben aktueller und zukünftiger Generationen sicherstellt. Der Indikator liefert keine Informationen zur individuellen Einkommenssituation, sondern lediglich zur Einkommenssituation von Haushalten, deren Personenzahl nicht bekannt ist. Hierdurch wird neben der Datenqualität auch die Validität des Indikators etwas eingeschränkt. Die Daten zum Haushaltseinkommen basieren auf Daten zur Kaufkraft. Dabei werden die Einkommen aller Haushaltsmitglieder zusammengefasst. Bei der Erstellung der Einkommensklassen der Haushalte wird die Haushaltsgröße nicht berücksichtigt. Es kann also sein, dass Single-Haushalte und auch Familien innerhalb einer Einkommensklasse verglichen werden. Je nach Personenzahl des Haushalts können also bereits mittlere Einkommen problematisch sein, um eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Hinweise zu den Daten: Abweichungen zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Daten resultieren aus abweichenden Definitionen der Einkommensklassen, die sich durch den Datenbezug vom Anbieter erklären	nexiga	x				2013- 2016				

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG				Bundesrepublik Deutschland						EU-	Aktu-		
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinsten Raumbezug						NUTS 2	alität	
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.	Entw./ VÄ/ Jahr			
Haushalte mit hohem Einkommen	Anteil Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von 3600 € und mehr an allen Haushalten in %	Anteil Haushalte mit einem monatlichen Einkommen von 3600 € und mehr <Zeitpunkt> / Anteil Haushalte insgesamt <Zeitpunkt> * 100	Die persönliche Zufriedenheit mit der eigenen Einkommenssituation basiert nicht allein auf dem absoluten Wohlstandsniveau, sondern insbesondere auf der empfundenen Gerechtigkeit der Wohlstandsverteilung. Zwar können liberalisierte Arbeitsmärkte einen positiven Effekt auf die Gesamtwirtschaft haben, gleichzeitig tragen sie jedoch auch zu einer Erhöhung der Einkommensungleichheit bei. Eine ausgeglichene Einkommensverteilung hängt dabei eng mit dem Begriff der Verteilungsgerechtigkeit zusammen, welche als eine der Grundformen sozialer Gerechtigkeit definiert wird und das friedliche Zusammenleben aktueller und zukünftiger Generationen sicherstellt. Der Indikator liefert keine Informationen zur individuellen Einkommenssituation, sondern lediglich zur Einkommenssituation von Haushalten, deren Personenzahl nicht bekannt ist. Hierdurch wird neben der Datenqualität auch die Validität des Indikators etwas eingeschränkt. Die Daten zum Haushaltseinkommen basieren auf Daten zur Kaufkraft. Dabei werden die Einkommen aller Haushaltsmitglieder zusammengefasst. Bei der Erstellung der Einkommensklassen der Haushalte wird die Haushaltsgröße nicht berücksichtigt. Es kann also sein, dass Single-Haushalte und auch Familien innerhalb einer Einkommensklasse verglichen werden. Je nach Personenzahl des Haushalts können also bereits mittlere Einkommen problematisch sein, um eine angemessene Versorgung sicherzustellen. Hinweise zu den Daten: Abweichungen zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichte Daten resultieren aus abweichenden Definitionen der Einkommensklassen, die sich durch den Datenbezug vom Anbieter erklären	hexga	x				2013- 2016				
Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zu gesamt	SV Beschäftigtenquote der Ausländer am Wohnort je 100 der SV Beschäftigtenquote gesamt	(ausländische SV Beschäftigte WO <Zeitpunkt> / ausländische E 15 -< 65 Jahre <Zeitpunkt>) / (SV Beschäftigte WO <Zeitpunkt> / E 15 -< 65 Jahre <Zeitpunkt>) * 100	Die Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern ist definiert als der Anteil an Personen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, der sozialversicherungspflichtig beschäftigt ist. Der betrachtete Indikator setzt diese Quote ins Verhältnis zur Beschäftigungsquote innerhalb der Gesamtbevölkerung und lässt auf diese Weise Rückschlüsse über die Positionierung von Ausländerinnen und Ausländern am deutschen Arbeitsmarkt zu. Der Indikator bildet das Ziel mit leichten Einschränkungen ab. Die Betrachtung der Beschäftigungsquote von Ausländerinnen und Ausländern gibt zwar Hinweise auf deren wirtschaftliche Inklusion, die gesamte Inklusion im politischen und sozialen Sinne ist hierdurch jedoch noch nicht abgedeckt. Ebenso können Einwanderer zwar grundsätzlich im Arbeitsmarkt integriert (d.h. in Beschäftigung sein), aber immer noch von Diskriminierung (z.B. in der Form niedrigerer Löhne) betroffen sein. Hinweise zu den Daten: Bevölkerung 2011 - 2017 = Fortschreibung Zensus 2011, Vorjahre = Fortschreibung Volkszählung 1987, marginale Abweichungen zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichten Daten ergeben sich durch eine unterschiedliche Behandlung von Gebietsstandsänderungen sowie Rückrechnungen der Bevölkerung nach Altersklassen durch die statistischen Ämter	Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit	x	x			2006- 2017	2006- 2017			
Mietpreise	Klasse der durchschnittlichen Angebotsmiete	durchschnittliche Angebotsmiete je m ² klassifiziert in Stufen unter 4 €, 4 bis unter 5 €, weiter in 1-€ Stufen bis 17 € und mehr	Das Thema Wohnen nimmt eine zentrale Rolle im Leben der Menschen ein und hat daher eine elementare Bedeutung für die Lebensqualität. Der Indikator bezieht sich direkt auf den Preis des Wohnens und liefert daher Hinweise, ob in der Region bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Die Daten basieren auf einer Erhebung von Angebotsinseraten bei über 100 Online-Plattformen und Tageszeitungen. Berücksichtigt werden Wohnungen zwischen 40 und 130 m ² . Es handelt sich um Nettokaltmieten ohne Nebenkosten für nicht-möblierte Wohnungen. Daten zu Bestandsmieten können auf diesem Wege nicht bereitgestellt werden.	BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, IDN ImmoDaten GmbH	x				2006- 2017				

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG					Bundesrepublik Deutschland						EU-	Aktu-	
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinstes Raumbezug						NUTS 2	alität	
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.	Entw./ vÄ/ Jahr			
Verunglückte im Verkehr	Verunglückte im Straßenverkehr je 100.000 Einwohner	$\frac{\text{Verunglückte im Straßenverkehr} \cdot \langle \text{Zeitpunkt} \rangle}{\langle \text{Zeitpunkt} \rangle \cdot 100.000}$	Weltweit sind Verkehrsunfälle unabhängig von der wirtschaftlichen Situation eines Landes die häufigste Todesursache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Insgesamt ereignen sich in Deutschland jährlich rund 300.000 Unfälle mit Personenschäden, was ca. 800 Unfällen mit Verletzungen oder Todesfolgen pro Tag entspricht. Die gesellschaftlichen Kosten, die sich aus den Gesundheitsschäden und Verkehrsauswirkungen dieser Unfälle ergeben, sind beträchtlich und belangen daher das Prinzip der intergenerationalen Gerechtigkeit. Daher müssen präventive Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Wenn die Sicherheit inner-orts erhöht werden kann, steigen die Attraktivität des öffentlichen Raums und damit ggf. auch der Anteil des Fuß- und Radverkehrs. Hinweise zu den Daten: Bevölkerung 2011 – 2017 = Fortschreibung Zensus 2011, Vorjahre = Fortschreibung Volkszählung 1987, Verunglückte = Personen, die bei Unfällen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen getötet oder verletzt wurden.	Statistik der Straßenverkehrsunfälle des Bundes und der Länder	x				2006-2017				
Flächenverbrauch	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche in %	$\frac{\text{Siedlungs- und Verkehrsfläche} \cdot \langle \text{Zeitpunkt} \rangle}{\text{Katasterfläche} \cdot \langle \text{Zeitpunkt} \rangle} \cdot 100$	Insgesamt nehmen die Siedlungs- und Verkehrsfläche inzwischen ca. 40 % der Gesamtfläche des Bundesgebiets ein. Diese stetige Zunahme führt zu einem Verlust wichtiger Bodenfunktionen, einer Entwertung von Naturräumen und begünstigt die Entstehung von Hochwasser. Bundesweit soll bis zum Jahr 2030 der durchschnittliche tägliche Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 20 ha reduziert werden. Zur Erreichung des Ziels ist es nötig, dass auch auf kommunaler Ebene entsprechende Schritte eingeleitet werden, die zu einer inklusiven und nachhaltigen Gestaltung von Städten beitragen können. Hinweise zu den Daten: Durch Änderungen der Erhebungsmethoden kommt es zu Wechsel zwischen den Flächennutzungsklassen, ohne dass eine tatsächliche Nutzungsänderung eingetreten ist. Diese werden im Gegensatz zu den im egweiser Kommune der bertelsmann-Stiftung veröffentlichten Daten im BBSR unter Hilfe weiterer Informationen bereinigt, wo möglich. Dadurch ergeben sich marginale Datenunterschiede. Eine Änderung der Klassifikation der Nutzung in 2016 erschwert die Vergleichbarkeit der Daten von 2016 und 2017 gegenüber den Vorjahren. Die Zeitreihe ist daher unter Vorbehalt nutzbar.	Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung des Bundes und der Länder		x			2008-2017	2008-2017			

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG						Bundesrepublik Deutschland					EU-	Aktu-
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinsten Raumbezug					NUTS 2	alität	
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.			Entw./ VÄ/ Jahr
Naherholungsflächen	Erholungsfläche in m ² je Einwohner	$\text{Erholungsfläche in km}^2 \cdot \langle \text{Zeitpunkt} \rangle / \text{Einwohner} \cdot \langle \text{Zeitpunkt} \rangle \cdot 10.000$	Erholungsflächen umfassen unbebaute Flächen, die überwiegend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Zu diesen Flächen gehören u. a. Grünanlagen, Parks, Schrebergärten sowie Sportflächen und Campingplätze. Erholungsflächen erfüllen eine wichtige soziale sowie ökologische Komponente. So haben Erholungsflächen einen hohen Freizeitwert, können Stress reduzieren und sie können als Treffpunkt verschiedener sozialer Schichten dienen. Erholungsflächen haben jedoch auch einen hohen ökologischen Wert, da sie durch Klimaregulation und Luftfilterung insbesondere in städtischen Gebieten die Luftqualität verbessern können. Letztlich sind Erholungsflächen auch ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor und damit auch von ökonomischer Relevanz. Hinweise zu den Daten: Durch Änderungen der Erhebungsmethoden kommt es zu Wechsel zwischen den Flächennutzungsklassen, ohne dass eine tatsächliche Nutzungsänderung eingetreten ist. Diese werden im Gegensatz zu den im Wegweiser Kommune der Bertelsmann-Stiftung veröffentlichten Daten im BBSR unter Hilfe weiterer Informationen bereinigt, wo möglich. Dadurch ergeben sich marginale Datenunterschiede. Für eine bessere Lesbarkeit werden die Daten hier in m ² je E. und nicht in km ² je E. ausgewiesen. Eine Änderung der Klassifikation der Nutzung in 2016 erschwert die Vergleichbarkeit der Daten von 2016 und 2017 gegenüber den Vorjahren. Die Zeitreihe ist daher unter Vorbehalt nutzbar.	Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung des Bundes und der Länder		x		2008- 2017	2008- 2017			
Trinkwasserverbrauch	Wasserabgabe an Letztverbraucher (Haushalte und Kleingewerbe) in l je Einwohner und Tag	$\text{Wasserabgabe an Letztverbraucher (Haushalte und Kleingewerbe) in } 1.000 \text{ m}^3 \cdot \langle \text{Zeitpunkt} \rangle / \text{E.} \cdot \langle \text{Zeitpunkt} \rangle / 365 \cdot 1000.000$	Insgesamt gesehen ist Deutschland ein wasserreiches Land. Vom jährlichen Wasserdargebot, d. h. der aus dem natürlichen Wasserkreislauf zur Verfügung stehenden Süßwassermenge, wird nur ein geringer Prozentsatz entnommen und nach Gebrauch dem Kreislauf wieder zugeführt. Trotzdem bleibt Wasser eine kostbare Ressource, mit der in Deutschland auch weiterhin sorgsam umgegangen werden sollte. Insbesondere die Entnahme von Tiefenwasser, welche in zahlreichen Regionen stattfindet, kann langfristig zu einer Reduzierung der Grundwasserreserven führen und damit das Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit betreffen. Die Statistik wird im Rhythmus von 3 Jahren bereit gestellt. Die Wasserabgabe der Statistik bezieht sich auf Haushalte und Kleingewerbe, wodurch sich Haushalts- und gewerbestrstruktur auf die Werte auswirken.	Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung des Bundes und der Länder	x			2007, 2010, 2013, 2016				
Abfallmenge	Entsorgte Abfallmenge in t je Einwohner	$\text{Entsorgte Abfallmenge} \cdot \langle \text{Zeitpunkt} \rangle / \text{Einwohner} \cdot \langle \text{Zeitpunkt} \rangle$	Eine nachhaltige Abfallpolitik hat das Ziel der Schonung natürlicher Ressourcen und der Verminderung von Emissionen. Die Abfallvermeidung ist dabei zentrales Anliegen von Abfallpolitik und besitzt laut Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrGW) die höchste Priorität in der fünfstufigen Abfallhierarchie. Abfallvermeidung kann unter anderem über eine ressourceneffiziente Produktion oder über ein umsichtiges Verbraucherverhalten erreicht werden. Die Erhebung der Abfallentsorgung wird bei den Betreibern von zulassungsbedürftigen Anlagen durchgeführt, die eigene oder von Dritten übernommene Abfälle entsorgen. Es existieren keine Informationen darüber, ob die entsorgten Abfälle auch vor Ort entstanden sind, was zu Einschränkungen bei der Datenqualität führt.	Erhebung über die Abfallentsorgung des Bundes und der Länder	x			2006- 2016				

INKAR 2019 – Indikatorenübersicht SDG				Bundesrepublik Deutschland					EU-	Aktu-		
Kurzname	Name	Algorithmus	Anmerkungen	Statistische Grundlagen	Kleinstes Raumbezug					NUTS 2	alität	
					Kreise/ krs.freie Städte	Gem.- verb.	Gemeinde	Zeitr. Kreise	Zeitr. Gem.v erb.			Entw./ VÄ/ Jahr
Verschuldung im Kernhaushalt	Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände in €/je Einwohner	Schulden der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände <Zeitpunkt> / E. *1000	Die Haushaltsführung einer Kommune hat unmittelbare Auswirkungen auf die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen. Eine hohe kommunale Verschuldung, die nicht abgebaut werden kann und zu Investitionsrückständen führt, beeinträchtigt die ökonomischen, sozialen und auch ökologischen Rahmenbedingungen (z.B. Ausbau der Infrastruktur, soziale Leistungen, Wasserqualität etc.). Dies bedeutet auch, dass für nachfolgende Generationen unter Umständen keine gleichwertigen Lebensbedingungen gesichert werden können, womit insbesondere das Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit betroffen ist. Der Indikator bezieht sich insbesondere auf die Sicherung leistungsfähiger und rechenschaftspflichtiger Institutionen, welche bei einem weiteren Anstieg der Schuldenlast beeinträchtigt wären. Es existieren keine Informationen darüber, inwieweit der Schuldenlast sinnvolle Investitionen gegenüber stehen oder inwieweit die jeweiligen Kommunen in der Lage sind, die Schulden zu tilgen.	Statistik über Schulden des Bundes und der Länder	x			2010- 2016				